

Per Kampagne zur Partei des Öffentlichen

In Leipzig Bürgerbegehren, in Berlin Offensive gegen Ausverkauf des öffentlichen Eigentums
Von Gabriele Oertel

(Neues Deutschland vom 04.09.2007)

Fast täglich wird in diesem Lande über Verkaufsabsichten des Bundes, der Länder, Städte oder Kommunen berichtet, die sich ob klammer Kassen bislang öffentlichen Eigentums entledigen wollen. Mal handelt es sich um die Deutsche Bahn, mal um Wohnungen oder Energieunternehmen, mal um Krankenhäuser. Die LINKE will mit einer bundesweiten Kampagne gegen die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge mobilisieren.

Für gestern Abend hatte in Leipzig die Initiative Bürgerbegehren in den Nikolaikirchhof der Stadt zu einem Treffen eingeladen. Sie ist Initiatorin eines Bürgerbegehrens, mit dem ein Bürgerentscheid erzwungen werden soll. Unter dem Motto »Stoppt den Ausverkauf unserer Stadt« wollen die Leipziger künftig einbezogen werden, wenn der Stadtrat – wie schon geschehen – weit reichende Privatisierungsentscheidungen fällt.

»Der Privatisierungskurs einer relativ knappen Mehrheit im Stadtrat stößt bei einer wachsenden Zahl Leipziger Bürgerinnen und Bürger auf Zweifel und Ablehnung«, begründet die Initiative ihren Vorstoß. Vor allem Nichtbefragung und Nichteinbeziehung stoße viele vor den Kopf. In weit reichenden Entscheidungen mit langfristigen, zum Teil nicht absehbaren Folgen müssten die Leipziger selbst entscheiden können.

Die Leipziger Initiatoren des Bürgerbegehrens werden in ihrem Anliegen von der Partei DIE LINKE unterstützt, erklärte deren Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch am Montag vor der Presse in Berlin während der Vorstellung einer neuen Kampagne seiner Partei gegen die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die LINKE wolle, so Bartsch, den stattfindenden Ausverkauf öffentlichen Eigentums nicht mehr hinnehmen und sich als »Partei des Öffentlichen« präsentieren. Es ginge nicht nur um platte Antiprivatisierungshaltung, sondern um Nutzung aller Möglichkeiten, öffentliches Eigentum auch für Nachfolgenerationen zu erhalten. Zudem solle Transparenz und demokratische Kontrolle in öffentlichen Unternehmen durchgesetzt werden.

Nicht nur die Leipziger werden derlei Unterstützung zu schätzen wissen. Bartsch erinnerte daran, dass seine Partei auch in Meißen und Schwerin Verkäufe des Krankenhauses bzw. der Wohnungsgesellschaft mit zu verhindern wusste. Ob allerdings die LINKE in ihrem Kampf gegen die Privatisierung der Deutschen Bahn so erfolgreich sein kann, steht derzeit noch in den Sternen. Bartsch jedenfalls erinnerte im Zusammenhang mit dem geplanten Bahn-Börsengang, der nach Auffassung der LINKEN die größte Verschleuderung öffentlichen Eigentums in der Geschichte der Bundesrepublik darstellen würde, an diesbezügliche Rollen rückwärts anderswo. Nicht nur die eingeleitete Bahnprivatisierung sei in Großbritannien inzwischen rückgängig gemacht worden. Auch werde derzeit in London über die Rekommunalisierung der U-Bahn nachgedacht.

Im Zuge der Kampagne soll in der neuen linken Partei ein Informationsverbund entstehen, in dem Erfahrungen – Erfolge wie auch Misserfolge – beim Kampf gegen die Privatisierung

öffentlichen Eigentums gesammelt und weitergegeben werden sollen. Zudem sollen Abgeordnete in den Kommunen entsprechend qualifiziert werden, um bei künftigem Privatisierungsgerangel vor Ort besser gewappnet zu sein. An Sanktionen gegenüber Mandatsträgern der LINKEN, die Verkaufsentscheidungen mittragen, so Bartsch auf ND-Nachfrage, sei nicht gedacht. Nicht ideologische Direktiven »aus Berlin oder aus den Wolken« würden Entscheidern vor Ort helfen, sondern mehr Kompetenz, »bevor das Kind in den Brunnen gefallen ist.« Und Bartsch wäre nicht Bartsch, wenn er zum Schluss nicht seinen Lieblingssatz in die Mikrofone gesprochen hätte: »Die Kommunalpolitik ist das Prunkstück der Linken – und soll es bleiben.«

Foto: dpa